

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf., zweimonatlich 1 M., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Postzeitungsbestellliste 6337.

Alle Kaiserl. Postanstalten Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Mit „Muskrikl. Sonntagsblatt“. Mit humor. Beilage „Feisenblasen“. Mit „Landwirthschaftl. Beilage“.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Rautenstraße 131, in Hohnstein: bei Herrn Stadtkassirer Reinhard, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Bogler, Invalidenbank und Rudolf Mosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und in Hamburg: Karoly & Liebmann.

Inserate, bei der zweiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die gespaltene Corpusteile oder deren Raum 10 Pf. Inserate unter fünf Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet (tabellarische und complete nach Uebereinkunft).

„Eingefandt“ unterm Strich 20 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 24. August 1898 Vorm. 10 Uhr

sollen in Schöna in Maackel's Holzvollefabrik

- 1 Holzvollmaschine,
- 1 Holzvollpresse,
- 1 Schleifmaschine mit Vorgelege,
- 2 Transmissionen mit 11 Scheiben,
- 10 Treibriemen,
- 2 Winden mit je 1 Seil,
- 1 Decimalwaage mit Gewichten,
- 90 Meter Schleifholz,
- 76 Ballen Holzwole,
- ca. 60 Ctr. Braunkohlen,
- 12 Ballen altes Bauholz,
- 33 Kilo Maschinöl,
- 25 Kilo Eisendraht und
- 2 gr. Holzlisten

meistbietend gegen Anzahlung versteigert werden.

Schandau, am 17. August 1898.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts.
Schellig.

Reinhardtsdorfer Staatsforstrevier.

Feld-Verpachtung.

Mittwoch, den 31. August 1898, Vormittags 10 Uhr

soll im „Gasthof zum Goldenen Anker“ in Reinhardtsdorf

das sogenannte Forstfeld, lit. OIII, anderweit auf die 10 Jahre 1899 bis 1908 parzellenweise und unter den vor dem Wehrbietungstermine bekanntzugebenden Bedingungen, sowie mit Vorbehalt der Auswahl unter den Lizitanten ums Meistgebot verpachtet werden. Der Lageplan der Parzellen, sowie die Pachtbedingungen können vorher an hiesiger Amtsstelle eingesehen werden.

Königliche Forstrevierverwaltung Reinhardtsdorf,
am 19. August 1898.
Linke.

Die Volksbibliothek,

befindlich im älteren Schulgebäude, wird zu fleißiger Benutzung empfohlen. Ausgabe der Bücher Sonntags Vorm. von 11—12¹/₂ Uhr durch Herrn Lehrer Wischertlich.
Schandau, am 16. Februar 1898.

Der Ausschuss für die Verwaltung der Volksbibliothek.
Wied.

Zur Organisation des Handwerks.

Um das Handwerk im Kampfe mit der Großindustrie moralisch, geistig und materiell zu stärken, ist bekanntlich durch Reichsgesetz eine neue Organisation des Handwerks angesetzt worden, welche in der Errichtung freier und zwangsweiser Zünfte, sowie in der Bildung von Handwerkerkammern und Handwerkerschulen bestehen soll. Möglich ist es ja nun allerdings, daß man sich in Bezug auf den Anfall und die Wirkung, welche diese Organisationen bei den Handwerkern finden und verursachen, zu großen Hoffnungen hingeeben hat, denn fast auf jedem Zunfttag hört man von absprechenden Urtheilen der Zunftvorstände über die Zwangs-Zünfte, auch auf dem in letzter Woche in Würzen in Sachsen abgehaltenen Verbandstage der Schneider-Zünfte Sachsens und der sächsisch-thüringischen Herzogthümer sprach der Obermeister Arnold aus Dresden seine und seiner Collegen Bedenken gegen die Zwangs-Zünfte aus. Ganz entschieden trat dieser Auffassung der Obermeister Dachs aus Leipzig entgegen und führte aus, daß die Zünfte sich die Aufgabe zu stellen hätten, erzieherisch zu wirken. Diese Aufgabe könnten sie aber nie erfüllen, wenn sie sich um einen großen Theil der Berufscollegen überhaupt nicht kümmern. Was die widerlebenden Elemente anbetrifft, so würden auch diese den Statuten nachkommen müssen. Ueber die Einhaltung derselben dürften aber die vorgehenden Behörden zur Genüge wachen. Es sei dringend anzurathen, alleenthalben die Umwandlung der freien Zünfte in Zwangs-Zünfte zu bewerkstelligen und die Vortheile auszunutzen, welche das neue Gesetz bietet. Wenn man es nicht thue, so werde die Regierung auf etwaige Klagen der Handwerker erwidern, daß dieselben das Nothwendigste verkannt hätten, um ihre Lage zu bessern, nämlich sich als ein Ganzes zu verbinden. Da sich in demselben Sinne die Herren Obermeister Viermann-Rittau, Seifert-Rohwein, Berger-Erimmitschan, Fröhmel-Vanhan, Griebstein-Greiz u. A. aussprachen, und nach einem Schlusssatz des Referenten folgender von Herrn Dachs eingebrachter Antrag angenommen wurde: „Der heutige Verbandstag beschließt, daß seitens aller Zünfte, die bisher noch keine Schritte zur Umwandlung in eine Zwangs-Zunft gethan haben, eine solche beantragt werde.“ — so ist wohl aus diesem Vorgange zu ersehen, daß man den Handwerkern und Zünften noch eine gewisse Zeit gönnen muß, um in dieser Organisationsfrage zur klaren Stellung und Ausführung zu kommen. Auch die von manchen Seiten gemachten Vorwürfe, daß die untere Organisation des Handwerks, auf welche sich die Handwerkskammer aufbauen und aus der ihre Mitglieder hervorgehen sollen, eine zu große Mannigfaltigkeit aufweisen, muß als übertrieben und die Sache schief bezeichnend bezeichnet werden. Die Mannigfaltigkeit der unteren Organisation des Handwerks ist nicht bloß vorausgesehen, die Gesetzgeber haben deren Erhaltung gerade zu gewünscht. Eine gleichmäßige Organisation dieser Selbstverwaltungskörper liegt auch gar nicht im Sinne der Reichsverfassung und Reichsgewerbeordnung. Die Reichsverfassung hat nur die Gesetzgebung und die Beaufsichtigung über den Gewerbebetrieb dem Reiche übertragen, keineswegs aber für nothwendig gehalten, daß die Organisation des Handwerks überall gleichmäßig sei. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, der im Reichstage die Handwerksorganisationsvorlage vertrat, hat sich hierüber

Nichtamtlicher Theil.

ganz deutlich in der Sitzung vom 1. April v. J. geäußert. Es sei, so führte er aus, ganz natürlich, daß die Organisation in der unteren Instanz keine gleichmäßige sei; denn sie müsse sich anschließen an die örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse, wie sie in den einzelnen kleinen Bezirken sich entwickelt haben und groß geworden sind, an die Wünsche und Gewohnheiten und Neigungen der Handwerker, an die Institutionen, wie sie in Staat und Gemeinde existiren, an die verschiedene wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Gebietstheile. Diese Entwicklung sei verschieden auf dem Lande und in der Stadt, in industriellen Revieren und in ländlichen Districten, sie sei verschieden im Flachland und im Gebirge, kurz, die Verschiedenheiten seien in den Bedürfnissen und Neigungen so groß, daß sich die Organisation, die Einrichtung in diesen Verbänden den besonderen Verhältnissen anschließen müsse, wie sie es in der Vergangenheit auch thatsächlich gethan hat.

Politisches.

Der Kaisertag in Mainz ist am letzten Sonnabend, unterstützt vom prächtigen Sommerwetter, in glänzender Weise verlaufen. Am Vormittage nahm der Kaiser in Gegenwart des Großherzogs von Hessen auf dem „großen Sande“ bei Mainz die Parade über die hessischen Truppen ab und hielt darauf an der Seite des Großherzogs und an der Spitze eines Regiments seinen Einzug in die altberühmte Stadt Mainz. Während des Einzuges und später auch vor dem Schlosse wurden dem Kaiser und dem Großherzoge von vielen Tausenden von Bürgern der Stadt und Einwohnern Hessens herzlichste Huldigungen dargebracht. Der Glanzpunkt des Kaisertages war während des Einzuges die Huldigung am Gutenberg-Denkmal angesichts des herrlich geschmückten alten Domes. Die Stadt Mainz war zu Ehren des Kaiserbesuches aufs prächtigste geschmückt, namentlich gewährte das Rheinufer mit seinen reich besagten Schiffen einen imposanten Anblick. Die Feststimmung machte sich in herrlicher Weise in den Straßen, die von zahlreichen Fremden belebt waren, sehr bemerkbar. — Aus Mainz wird ferner noch gemeldet, daß auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Sagner der Kaiser etwa wie folgt erwiderte: „Ich danke Ihnen, verehrter Herr Oberbürgermeister, für die herzlichsten Worte, die Sie soeben an mich gerichtet haben. Ihre Stadt ist mir nicht neu; schon in jungen Jahren, als Knabe, war ich hier und habe damals ähnliche Betrachtungen angestellt, wie Sie mir solche soeben in gedrängter Weise vorgetragen haben. Das römische Reich deutscher Nation ist zu Grunde gegangen, weil es nicht auf nationaler Grundlage aufgebaut war. Das deutsche Reich dagegen ist entstanden aus dem dringenden Bedürfnis nach einem gemeinsamen nationalen Empfinden. Es baute sich auf der Grundlage der Vaterlandsliebe auf. Ich bin fest entschlossen, das Werk meines Großvaters und den Frieden, der uns so theuer ist, mit allen Kräften zu erhalten. Das werde ich aber nur können, wenn es uns gelingt, unser Ansehen bei den Nachbarn aufrecht zu erhalten. Dazu bedarf es der Einigkeit und der Mitwirkung aller deutschen Stämme, ja jedes Einzelnen, auch der Stadt Mainz. Ich habe mich gefreut, zu sehen, welche schöne Entwicklung die Stadt genommen hat.“

Die Centrumpartei hat für die bevorstehende Erwählung zum Reichstage im Wahlkreise Kreuznach-Simmern den Rittergutsbesitzer Puricelli aufgestellt.

Nach den neuesten Meldungen aus Wien, steht die österreichische Regierung einer Aufhebung der berichtigten Sprachverordnungen keineswegs mehr so ablehnend gegenüber wie früher und zwar soll diese Schwenkung der österreichischen Regierung mit der Haltung des ungarischen Ministeriums in der finanziellen Ausgleichsfrage Oesterreichs und Ungarns zusammenhängen. Um die Festigkeit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie nicht zu gefährden, haben sich die leitenden Staatsmänner Oesterreichs und Ungarns jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß die Höhe der Ausgleichsquote der Entscheidung des Kaisers anheim gestellt werden müsse. Um dies in der verfassungsmäßigen Form zu ermöglichen, befehlt die ungarische Regierung auf der baldigsten Wiedereinberufung des österreichischen Reichsrathes und auf der Wahl der Quoten-Deputation ohne Rücksicht darauf, ob das Ergebnis ein positives oder ein negatives sein werde. Der Zutritt des österreichischen Reichsrathes steht, wie man behauptet, an der Spitze aller ungarischen Forderungen. In Verbindung damit, spielt auch die Zurückziehung der Sprachverordnungen eine Rolle.

In der bekanntlich sehr übel berichtigten Angelegenheit des Majors Esterhazy, dessen Handlungsweise in unangenehmen Beziehungen zur Dreyfus-Affaire steht, wird nun doch officiell ein Schritt zur Aufklärung und Sühne seitens der französischen Militärverwaltung gethan. Der vom Kriegsminister Cavaignac mit der Leitung der Sache betraute General Jarlinden bestimmte die Zusammenlegung des Untersuchungsgerichts, vor welchem der Major Esterhazy erscheinen wird. Den Vorsitz des Gerichts wird der General Florentin, Commandeur der 9. Infanteriedivision führen. Der Tag des Zusammentritts des Gerichts ist noch nicht festgesetzt, da General Jarlinden den Mitgliedern desselben etwa acht Tage Zeit geben will, um die Acten zu studiren. Außerdem wird aus Paris gemeldet, daß der wiederholt in der Dreyfus-Affaire genannte Untersuchungsrichter Verluise sein Amt niedergelegt hat. Uebrigens ist in Paris die Meinung verbreitet, daß die neue Untersuchung gegen den Major Esterhazy auch nur eine Komödie werden würde. Andere Stimmen wollen wissen, daß der französische Generalstab den Major Esterhazy los werden wolle.

Aus London wird in den chinesischen Streitfragen berichtet, daß der deutsche Gesandte von Deyling in Peking vom Tjung li Namen die schleunigste Regelung der Tientsin-Chingiang-Bahnconcession, welche Dr. Jungwin gewährt worden ist, verlangte. Er erklärte, daß, wenn diese Bahn nicht in deutschen Händen bliebe, sie westlich von der Schantung-Halbinsel verlegt werden müsse. Baron von Deyling sei bereit, auf die Einsetzung einer deutsch-englischen Commission zur Beseitigung aller Schwierigkeiten einzugehen.

Die Gefahr eines Carlisten-Aufstandes scheint in Spanien nicht mehr groß zu sein, denn die carlistischen Banden haben sich vor den Truppen in die Pyrenäen zurückgezogen. Im Uebrigen ist die Aufregung über die Friedensbedingungen in Spanien wieder gewachsen. Die Cortes sind für Mitte September einberufen.

Der Präsident Mac Kinley hat den amerikanischen Generalen auf Cuba und in Manila den Befehl ertheilt, daß gegen diejenigen Aufständischen, welche sich den Anordnungen der jetzigen amerikanischen Verwaltung widersetzen, mit der größten Strenge vorgegangen werden soll. Man kann es also erleben, daß die Amerikaner die wider-